

Wetter: 2° bis 11°



Manchmal wolzig, aber auch sonnig

Jörg Kachelmann

Die Wettervorhersage in Person ► Magazin



Trickfilm

Cool, cooler, Shaun das Schaf! ► Kinderseite



Aachener Nachrichten

ÜBERPARTEILICH · UNABHÄNGIG

Samstag, 17. Oktober 2009 · 65. Jahrgang · Nummer 242

www.an-online.de

1,40 Euro

Flugzeugabsturz bei Roermond

Roermond. Wenige Minuten nach dem Start ist am Freitagmorgen im Süden der Niederlande ein kleines Charterflugzeug abgestürzt. Die beiden Insassen konnten nur noch tot geborgen werden, teilte die Feuerwehr mit. Das Kleinflugzeug war vom Flugplatz De Kempen nahe des Ortes Budel gestartet und rasch vom Radar verschwunden. Es stürzte kurz nach 9.30 Uhr bei Weert unweit der deutschen Grenze auf eine Wiese. „Die Maschine brach beim Aufprall in zwei Teile und geriet sofort in Brand“, sagte ein Sprecher. (dpa)

Schwarz-Grün ist fast perfekt

Aachen. CDU und Grüne haben ihre Koalitionsverhandlungen in Aachen erfolgreich abgeschlossen. Die inhaltlichen Schwerpunkte des 24-seitigen Koalitionspapiers liegen auf Klimaschutz, Stadtentwicklung, Integration und Bildung. Festgeschrieben in dem Vertrag ist auch eine Qualitätsverbesserung der Bürgerbeteiligung. Statt Fragestunden soll es künftig Foren geben. Wenn beide Parteitagen nächste Woche ihre Zustimmung gegeben haben, wird der Koalitionsvertrag am Freitag, 23. Oktober, unterzeichnet. ► **Lokales**

Essensreste mitgenommen: Fristlos raus!

Weil sie Maultaschen im Wert von vier Euro einsteckte, wird einer **Altenpflegerin gekündigt**. Serie ähnlicher Fälle beschäftigt die Gerichte.

Radolfzell/Konstanz. Sechs Maultaschen im Wert von drei bis vier Euro haben eine 58-jährige Konstanzer Altenpflegerin den Job gekostet. Das Arbeitsgericht Radolfzell am Bodensee hat gestern entschieden, dass eine fristlose Kündigung wegen Diebstahls rechtmäßig ist. Gegen den Rauschmiss nach 17 Jahren Betriebszugehörigkeit hatte sich die 58-Jährige gewehrt und das Gericht angerufen. Ihre Klage wurde jedoch abgewiesen. Die Frau hatte die Maultaschen von der Verpflegung der Heimbewohner mitgenommen. Die Essensreste wären nach ihrer Darstellung im Müll gelandet.

Ihr Arbeitgeber, die städtische Konstanzer Spitalstiftung, betrachtete die Mitnahme der Maultaschen jedoch als Diebstahl. Das Vertrauensverhältnis sei zerstört, eine Weiterbeschäftigung nicht möglich, sagte der Vertreter der Stiftung, der Anwalt Georg Jauch: „Die Arbeitnehmerin hat sich am Eigentum des Arbeitgebers vergreifen, das darf man nicht bagatelisieren.“ Die Gewerkschaft Verdi sprach von einem „Schandurteil“. „Dieses Urteil öffnet den Arbeitgebern Tür und Tor, unliebsame Beschäftigte rauszuschmeißen, ohne sich mit ihnen auseinanderzusetzen zu müssen“, sagte Berthold Maier, Verdi-Bezirksleiter Schwarzwald-Bodensee.

„Dieses Urteil öffnet den Arbeitgebern Tür und Tor, unliebsame Beschäftigte rauszuschmeißen, ohne sich mit ihnen auseinanderzusetzen zu müssen.“

BERTHOLD MAIER, VERDI

mit firmeneigener Paste im Wert von vermutlich unter zehn Cent. Der Arbeitgeber wertet das als Diebstahl und wirft ihn raus.

Der Streit um die gekündigte Supermarkt-Kassiererin „Emmely“ geht in die höchste Instanz. Wegen grundlegender Bedeutung des Falls lässt das Bundesarbeitsgericht in Erfurt ein Revisionsverfahren zu. Der unter ihrem Spitznamen bundesweit bekanntgewordenen Berlinerin war nach 31 Jahren Betriebszugehörigkeit fristlos gekündigt worden. Sie soll zwei Pfandmarken im Gesamtwert von 1,30 Euro unterschlagen haben. (dpa) ► **Seite 7**

Kein Tor, kein Punkt: Alemannia verliert 0:1



Arminia Bielefeld ist momentan nicht zu stoppen. Auch nicht von Alemannia Aachen. Gestern setzte sich das Team von Coach Thomas Gerstner gegen die Alemannia mit

1:0 (1:0) durch und feierte den sechsten Sieg in Serie. Der Bielefelder Zlatko Janjic erzielte in der 33. Minute das einzige Tor. Aachen blieb im dritten Ligaspiel unter Cheftrainer

Michael Krüger ohne Sieg. Nicht zuletzt, weil Manuel Junglas (links) die beste Torchance der Aachener nicht verwerten konnte. (dpa) Foto: Andreas Steindl ► **Sport**

Private Pflegevorsorge

Union und FDP: Reform der Pflegeversicherung

Berlin. Union und FDP haben sich in den Koalitionsverhandlungen auf den Einstieg in eine kapitalgedeckte zweite Säule für die Pflegeversicherung verständigt. Anders als bei der Riester-Rente soll die private Absicherung verbindlich sein, wie der „Kölner Stadt-Anzeiger“ unter Berufung auf Verhandlungskreise berichtete.

Eine Einigung zeichnet sich demnach auch in der Frage ab, wie das für 2010 prognostizierte Defizit der gesetzlichen Krankenversicherung in Höhe von 7,54 Milliarden

Euro ausgeglichen werden könnte. Neben Bundeszuschüssen in Höhe von 4,7 Milliarden Euro, für die sich die Union stark macht, sollen die Krankenkassen in Eigenregie prozentuale, am versicherungspflichtigen Einkommen bemessene Zusatzbeiträge erheben können. Nach bisheriger Rechtslage sind Zusatzbeiträge nur als Pauschalen möglich. Somit erhielten die Kassen etwas Tarifautonomie zurück, die sie durch Einführung des Einheitsbeitragsatzes verloren hatten. (apf) ► **Seite 2**

Schweinegrippe: Länder bestellen neuen Impfstoff

Erfurt. Die Bundesländer bestellen für die Impfung gegen die Schweinegrippe Impfstoff ohne Wirkstoffverstärker nach. Hintergrund seien Bedenken von Medizinern, dass der bislang bestellte Impfstoff mit Wirkstoffverstärkern für Schwangere möglicherweise weniger geeignet sein könnte. Das neue Präparat werde voraussichtlich bis Mitte oder Ende November zur Verfügung stehen. Die Impfkation gegen die Schweinegrippe soll am 26. Oktober beginnen. Vom Impfstoff mit Wirkstoffverstärker sind bereits 50 Millionen Dosen bestellt worden. Die verstärkenden Stoffe können laut Schulz zu gesteigerten Impfreaktionen wie Kopfschmerzen oder Fieber führen. Die Impfstoff-Diskussionen hätten für Irritationen gesorgt, räumte der Ministeriumssprecher ein. Im Sender MDR Info rief er die Bevölkerung dazu auf, sich nicht verunsichern zu lassen.

Die Mehrheit der Deutschen lehnt einer Umfrage zufolge eine Impfung gegen die Schweinegrippe ab. 39 Prozent würden sich auf keinen Fall impfen lassen, ergab eine Umfrage des Forschungsinstituts Infratest dimap im Auftrag der ARD. 27 Prozent der Befragten gaben an, nicht zur Impfung zu gehen. Nur zwölf Prozent haben sich bereits für eine Impfung entschieden. (dpa/epd)

Menschenrechtsrat verurteilt Gaza-Krieg

Resolution beklagt israelische Kriegsverbrechen. Israel sieht Terrororganisationen von UN gestärkt.

Genf. Der UN-Menschenrechtsrat hat Israel im Zusammenhang mit dem Goldstone-Bericht über Menschenrechtsverletzungen im Gaza-Krieg verurteilt. Das Gremium nahm am Freitag in Genf mit einer Mehrheit von 25 der 47 Mitglieder eine entsprechende Resolution an. Darin wird die vom Rat selbst in Auftrag gegebene Untersuchung des Juristen Richard Goldstone ausdrücklich gebilligt. Goldstone war zu dem Schluss gekommen, dass sowohl Israelis wie Palästinenser Kriegsverbrechen begangen haben. Die im Gazastreifen herrschende radikalislamische Ha-

mas wird dagegen in der Resolution nicht erwähnt. Israel wies die Resolution als einseitig und ungerecht zurück. Die palästinensische Autonomiebehörde und die Ha-

mas begrüßten das Votum. Die Resolution soll nun der UN-Vollversammlung vorgelegt werden. Diese hätte die Möglichkeit, juristische Aktionen gegen Israel

zu fordern. Neben den arabischen Staaten stimmte auch Russland für die Resolution.

In einer Erklärung des israelischen Außenministeriums hieß es, die Resolution ignoriere die mörderischen Angriffe der im Gazastreifen herrschenden Hamas und anderer palästinensischer Terrororganisationen auf israelische Zivilisten. Israel werde weiterhin sein Recht auf Selbstverteidigung wahrnehmen und das Leben seiner Bürger schützen. Die Resolution fördere Terrororganisationen weltweit und untergrabe den Weltfrieden, heißt es weiter. (dpa)

Israel verliert Unterstützung bei der UN

Die Resolution, die ursprünglich erst im März nächsten Jahres beraten werden sollte, war von den Palästinensern, Ägypten, Nigeria, Tunesien und Pakistan eingebracht worden. Israel hatte noch bis zuletzt, unterstützt durch die USA, versucht, die Resolution des Men-

schensrechtsrats zu verhindern.

Sechs Länder, darunter die USA und Israel, votierten dagegen, elf enthielten sich. Fünf Länder, darunter Frankreich und Großbritannien, nahmen an der Abstimmung nicht teil. (dpa)

HEUTE IM LOKALTEIL

► Weiter Hängepartie um das Spielcasino

Für den Erhalt des Casino-Standortes Aachen hat sich Jürgen Linden noch einmal ausgesprochen. „In Absprache“ mit seinem Nachfolger Marcel Philipp betonte der scheidende Oberbürgermeister, dass die Stadt einen Umzug des Spielcasinos nach Köln nicht hinnehmen will.

► Jürgen Linden vor dem Abschied

► Große Gala für das Tierheim

KURZ NOTIERT

Heute mit **16 Seiten** über das Nachbarland

Belgien-Magazin



DER, DIE, DAS

Die Polizei, dein Freund und Bäcker

Dass viele Aachener zum Frühstück Brötchen hatten, ist auch ein Verdienst der Polizei. Bei der Leitstelle war gestern nämlich ein ungewöhnliches Fax eingegangen. Tabellarisch waren dort unzählige Brotsorten und dahinter Zahlen aufgeführt. Zunächst konnten die Beamten mit der Auflistung wenig anfangen. Dann stellte sich heraus, dass eine Aachener Bäckereifiliale die Tagesbestellung nicht zum Großbäcker, sondern irrtümlich an die Polizei gefaxt hatte. Die Polizisten leiteten das Fax an die richtige Stelle.



FAMILIENANZEIGEN

Heute im Produkt Familie

KONTAKT

Zeitungszustellung:

Telefon: 01 80/100 1400*

Fax: 02 41/51 01-790

Verlag (Zentrale):

Telefon: 02 41/51 01-0

Redaktion:

Telefon: 02 41/51 01-310

(montags bis freitags, 10 bis 18 Uhr)

Fax: 02 41/51 01-440

AN im Internet:

www.an-online.de

Anzeigenannahme:

Telefon: 01 80/100 1200*

Fax: 02 41/51 01-790

*Rund um die Uhr 3,9 Cent je angefangener Minute; abweichende Preise für die Anrufe aus dem Mobilfunknetz möglich.



4 194 122 10 1403 6 0042